Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

52 (2.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 52 — **Mittwoch, den 2. März 1932** — **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

In Helsingfors sind die drei konservativen Mitglieder des Kabinetts zurückgetreten.

•

Die Verhandlungen über die Erneuerung des Rediskontkredites der Reichsbank haben zu einer Verlängerung für 3 Monate geführt.

•

Wegen der Reichspräsidentenwahl wird in Preußen am 12. und 13. März der Ausschank von Branntwein verboten.

•

Die christliche Arbeiterschaft Westdeutschlands hat sich zu einer Einheitsfront gegen den radikalen Nationalismus und gegen den Kommunismus zusammengeschlossen.

•

Die Kontingentverhandlungen zwischen Danzig und Polen sind wegen unannehmbarer polnischer Forderungen gescheitert.

•

Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat auf englischen Vorschlag beschlossen, das von Benesch als Hauptberichterstatter ausgearbeitete Arbeitsprogramm zunächst sämtlichen Abordnungen mit dem Ersuchen um Vorschläge und Anträge zugehen zu lassen und sodann von neuem zusammenzutreten. Von deutscher Seite sind keine Anträge zur Abänderung gestellt worden.

•

Beim Ueberschreiten der russisch-rumänischen Grenze wurden wiederum zwölf nach Rußland zurückkehrende Rumänen erschossen.

•

Die Wahlkreisorganisation Westfalen-Süd ist aus der Deutschen Volkspartei ausgetreten.

•

In Finnland ist es zur Kabinettskrise gekommen. Einige Minister mißbilligen das Vorgehen der Regierung gegen die Lappobewegung und sind zurückgetreten. Die Lage ist nach wie vor ernst.

Neue handelspolitische Maßnahmen

In der ganzen Welt bahnen sich heute neue Formen der Handelspolitik an. Die bisher üblichen Handelsverträge mit Meistbegünstigung werden mehr und mehr durch **handelspolitische Zusammenschlüsse** abgelöst. So ist beabsichtigt, Preferenzverträge (Vorzugsverträge) zwischen England, Holland, Belgien und den skandinavischen Ländern abzuschließen. Ein weiterer Zusammenschluß erfolgt unter der Führung Frankreichs in der Tschechoslowakei und dem Südosten Europas. Diesen Wandlungen müssen wir die größte Beachtung schenken.

Von den deutschen **Ausfuhrmöglichkeiten** geht ein Teil nach dem andern verloren. Der Außenhandelsüberschuß schrumpft immer mehr und mehr zusammen. In Kreisen der Regierung und in der Wirtschaft erwägt man den Gedanken eines aktiven Widerstandes gegen die ausländischen Maßnahmen. Die Regierung hat bereits einen Entwurf fertiggestellt, der **Zollerhöhungen** für eine ganze Reihe von in den Handelsverträgen nicht gebundenen Zöllen vorsieht, die dann gegenüber solchen Ländern angewandt werden können, die unsere Ausfuhr mehr und mehr unterbinden. Es liegt ein ausgearbeiteter sogenannter „Retorsionstarif" (Eingangszolltarif) vor, der eine bedeutende Erhöhung der jetzigen autonomen und Vertragszölle vorsieht. Außerdem ist beabsichtigt, Valutazuschläge gegenüber denjenigen Ländern zu erheben, deren Währung entwertet ist.

Die Frage, ob es zweckmäßiger ist, auch bei uns in weitgehendem Maße das Mittel der **Kontingentierung**, oder das der Einfuhrsperre anzuwenden, scheint zugunsten der Kontingentierung entschieden zu werden. So liegt, wie wir erfahren, für die Kontingentierung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bereits ein umfassender Plan vor, der demnächst der Reichsregierung vorgelegt werden wird.

Gegenüber der Einfuhr von französischen Wurzel- und Blattgemüsen sowie von einigen Arten von Obst, insbesondere von Erdbeeren, wird voraussichtlich in nächster Zeit ein Einfuhrverbot wegen der Verschleppung des gefährlichen **Koloradokäfers** erlassen werden. Der Koloradokäfer ist einer der gefürchtetsten Kartoffelfeinde. Er hat sich in den letzten Jahren in Frankreich sehr stark verbreitet. Fast ein Drittel von ganz Frankreich ist heute von ihm befallen. England hat schon sehr scharfe Abwehrmaßnahmen erlassen. Wie gefährlich die Einschleppung des Käfers für den Kartoffelbau ist, ergibt sich daraus, daß selbst bei intensivster Bekämpfung (Kosten je Hektar rund 230 RM.) in der Regel nur ein Drittel einer normalen Ernte erzielt wird. Um dieser ungeheuren Gefahr zu begegnen, muß eine rücksichtslose Sperre der Kartoffeleinfuhr und anderer Bodenerzeugnisse durchgeführt werden.

Zollpolitische Kampfmaßnahmen

Berlin, 1. März. Das Reichskabinett hat in Anwesenheit des Preiskommissars, Dr. Gördeler, wichtige **Fragen der Preissenkung**, darunter auch den Bierstreik besprochen. Ferner hat das Kabinett die **Einführung eines Obertarifs zum Zolltarif** beschlossen, und zwar auf Grund der Ermächtigung zu außerordentlichen Zollmaßnahmen, die dem Kabinett durch Notverordnung des Reichspräsidenten im vorigen Jahre erteilt worden ist. Der Obertarif wird jedoch nicht von selbst für alle Länder in Kraft treten, mit denen Deutschland gegenwärtig keinen Handelsvertrag hat, vielmehr sollen die Länder, auf die er angewandt wird, besonders bestimmt werden. Der neue Obertarif wird wahrscheinlich vor allem gegen Polen und die Schweiz, aber auch gegen Australien und Kanada in Kraft gesetzt werden. Gerade Polen hat in letzter Zeit die Einfuhr deutscher Waren stark erschwert und plant noch weitere Absperrmaßnahmen, unter anderem gegen chemische Erzeugnisse. Auch die Schweiz hat sich nach Deutschland abgesperrt. Sie hat zahlreiche Mengenbegrenzungen erlassen und sie teilweise so niedrig angesetzt, daß praktisch keine weitere Einfuhr mehr möglich ist. Polen hat sich, wie man hört, nunmehr schon zu neuen Verhandlungen bereit erklärt.

Der neue Obertarif stellt sich also zunächst als ein **Kampfmittel für Handelsvertragsverhandlungen** dar. Man wird aber nicht übersehen dürfen, daß er im Zusammenhang mit anderen schon durchgeführten Maßnahmen den Beginn eines neuen handelspolitischen Kurses einleitet, dessen Ende nicht abzusehen ist. Nachdem mit England auch das größte und wichtigste freihändlerische Land zum Schutzzoll übergegangen ist, konnte auch Deutschland mit Maßnahmen für die Sicherung der heimischen Wirtschaft nicht mehr zurückhalten

Luftschutz in Deutschland

Berlin, 1. März. Das Reichsinnenministerium teilt mit, wie die Reichsregierung über den zivilen Luftschutz denkt und was sie auf dem Gebiet bereits getan hat. Auf Grund des Pariser Luftfahrtabkommens vom Jahre 1926 ist Deutschland zu **Schutzmaßnahmen für die Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft** berechtigt. Im Jahre 1927 hatte das Reichskabinett beschlossen, daß ein Luftschutz für die Zivilbevölkerung vorzubereiten sei. Den ersten praktischen Schritt auf diesem Gebiet bildete die Ausbildung und Ausrüstung der Polizei, Feuerwehr, Technischen Nothilfe und der sanitären Hilfsorganisationen zum Schutz der Bevölkerung gegen Gasgefahren, wie sie jeder Tag bringen kann. Im Herbst 1930 wurde dann in Uebereinstimmung mit den Ländern dieser Gasschutz zu einem Schutz der Zivilbevölkerung gegen Angriffe aus der Luft erweitert. Die Durchführung dieser Maßnahmen ist was vielleicht hervorgehoben zu werden verdient weder eine militärische noch eine politische Angelegenheit. In Frage kommen hauptsächlich folgende Maßnahmen:

1. Ein **Melde- und Warndienst**, der ähnlich wie der Hochwassermeldedienst einen bevorstehenden Luftangriff frühzeitig erkennen und die Bevölkerung rechtzeitig warnen soll.

2. Eine Tarnung der Ziele durch **Verdunkelung oder Vernebelung**. Ein kollektiver Schutz der Bevölkerung durch Schaffung behelfsmäßiger splitter- und gassicherer Unterkunftsräume.

3. Die Ergänzung kollektiven Schutzes durch einen **Einzelschutz gegen Gas**.

4. Umfassender Ausbau eines Sicherheits- und Hilfsdienstes, der eingetretene Gefahren schnell beseitigen soll.

Diese für die Allgemeinheit erforderlichen Schutzmaßnahmen sollen sinngemäß auch in allen größeren Betrieben und Unternehmungen, insbesondere Eisenbahn und Post sowie in den lebenswichtigen Werken angewendet werden. Die Wirksamkeit solcher Schutzmaßnahmen ist selbstverständlich nur bedingt. Die Erfahrungen im Weltkrieg haben aber gezeigt, daß durch planmäßige Maßnahmen die Wirkung feindlicher Luftangriffe auf das Heimatgebiet wesentlich herabgemindert werden kann und daß ein Schutz bereits mit verhältnismäßig einfachen Mitteln möglich ist. Der Schwerpunkt der Durchführung liegt in den örtlichen Vorbereitungen. Ihre Leitung ist Aufgabe der Polizei. Sie muß hierbei engste Fühlung mit den Gemeindeverwaltungen nehmen.

Wahlaufruf der Eisernen Front

Berlin, 29. Febr. Die Reichskampfleitung der Eisernen Front veröffentlicht unter der Parole **„Wir schlagen Hitler!"** einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es heißt: „Alle Gliederungen der Eisernen Front gehen in diesen Kampf mit dem festen Willen, schon im ersten Wahlgang den Sieg zu erringen. Weder ein Hitler noch ein Düsterberg darf Reichspräsident werden. Auch nicht mit Hilfe der Moskauer Gewalthaber, die mit der Kandidatur Thälmann ein Sprungbrett für Hitler stellen. Weil Hindenburg den Eid auf die Verfassung nicht nur geschworen, sondern auch gehalten hat, weil er verfassungsmäßig sein Amt versah, darum will man ihn vom Platze stoßen. Der Weg zu Staatsstreich und Verfassungsbruch soll freigemacht werden. Hindenburg ist nicht ein Mann der Eisernen Front. Aber Hindenburg steht gegen Hitler. Jede Stimme für Hindenburg ist ein Schlag gegen Hitler! Jede Stimme für Thälmann ist eine Stimme für Hitler! Darum entscheidet sich die Eiserne Front für Hindenburg und kämpft gegen Hitler".

Hugenberg über Präsidentschafts- und Preußenwahl

T.U. **Essen**, 1. März. Hier sprach Dr. Hugenberg über die bevorstehende Präsidentenwahl. Er legte dar, weshalb die D.N.V.P. keinen eigenen Parteikandidaten aufgestellt habe. Maßgebend sei letzten Endes das Ziel von Harzburg: „Das verderbliche schwarzrote System muß fallen". Wie heute die Dinge liegen, stellt die Kandidatur Hindenburg einen Versuch des schwarzroten Systems dar, für die Aufrechterhaltung eben dieses Systems mit dem Namen Hindenburg systemfeindliche nationale Stimmen einzufangen. Deshalb kämpfen wir diesmal bei aller Verehrung für den Sieger von Tannenberg gegen die Kandidatur Hindenburg. Die Präsidentenwahl liegt heute in der Richtung, daß die an sich klaren Fronten verwischt werden. Die Preußenwahl wird und muß sie wiederherstellen. Der Preußenwahl gilt unser Hauptpunkt. Der Versuch des schwarzroten Systems, sie mit der Präsidentenwahl in den Hintergrund zu drängen, wird mißlingen. Im Mai 1932 wird vielleicht für Millionen eine Entwicklung verständlich sein, die sie selbst miterlebt haben, ohne ihre Bedeutung zu erkennen. Es kam die Not — das wußten die Sozialdemokraten, die diese Not verschuldeten, so gut wie ich. Demgegenüber war unser Standpunkt: Es hätte keine sogenannte „Bürgerliche Regierung" geben dürfen, ohne daß gleichzeitig 1. die Verantwortung der Sozialdemokratie vor allem Volke festgenagelt und zu dem Zwecke 2. der Reichstag gegen die Sozialdemokratie aufgelöst, sowie 3. die einigende Parole deutschen Freiheitskampfes allem vorangestellt wurde. „Bürgerliche Parteien" gaben sich unter dem Einfluß des Zentrums zum Gegenteil her. Sie waren damit verloren. Vor dem Urteil der Geschichte war die Brüningsche Politik nur als Zentrumspolitik" begreiflich, für Deutschland aber ein Unglück und für die Mitläufer dieser Politik tötendes Gift. Darum mußte ihre Gutheißung, wenn sie schon einmal erfolgen sollte, der Hauptschuldigen des Youngplans, der Sozialdemokratie, aufgebürdet werden. Bis zur Reichstagsauflösung scheute sich die Sozialdemokratie, diese Aufgabe zu übernehmen und wollte sie den Deutschnationalen zuschieben. Durch die Wahl vom 14. September 1930 wurde sie dazu gezwungen. Sie hat jede Notverantwortung genehmigt, sie hat sich damit in ihrer ganzen abschreckenden Mattheit, Unwahrhaftigkeit und Schuldbeladenheit vor das deutsche Volk gestellt.

Die unmittelbarste Gefahr ist abgewandt. Wir würden ihr heute alle erliegen, bis weit über die deutschen Grenzen hinaus, wenn ich damals — im Frühjahr und Sommer 1930 — das getan hätte, was die meisten von mir verlangten: Unterstützung der Brüningschen Politik. Daß aber die Gefahr auf längere Sicht auch heute noch nicht überwunden ist, geht zu Lasten des Zentrums und seiner Bundesgenossen. Der Reichskanzler hat im Reichstage die alte Unwahrheit der offiziösen Zeitungen unterstrichen: Die Deutschnationalen hätten es im Sommer 1930 in der Hand gehabt, die Macht zu erobern. Ich habe wiederholt öffentlich dargelegt, daß der Reichskanzler der D.N.V.P. gegenüber niemals auch nur einen Versuch gemacht hat, sein Kabinett nach rechts zu orientieren oder zu erweitern. Er hat mir dies auch in einer persönlichen Unterhaltung zugeben müssen. Er hat aber vor allem auch niemals den Versuch gemacht, seine Politik im Sinne der Rechten umzustellen. Wenn er die Sozialdemokratie und den Parlamentarismus versetzt hat, so hat er es unter dem von uns herbeigeführten hydraulischen Druck getan. Wenn er die Macht des Reichspräsidenten gesteigert hat, so wirkte sich darin der Zwang unserer Politik aus. Wenn er sich gegen uns hinter die Person des Reichspräsidenten flüchten muß, so ist dies für die hinter ihm stehenden Parteien nur ein Schachzug mit dem Ziele, das wir ihnen aufgezwungen haben. Wenn er schließlich von Verhandlungen spricht, die an den „Forderungen einer Gruppe gescheitert seien, die letzten Endes darauf hinauslaufen, ihr den gesamten Staatsapparat auszuliefern", so lege ich Wert darauf, zu betonen, daß solche Forderungen von mir nicht erhoben sind. Was „Klugheit im politischen Leben" ist, weiß Herr Brüning sicher; was Macht ist, auch. Er braucht aber trotz einiger für ihn erfreulicher Erfahrungen, die er zu meinem Bedauern machen konnte, nicht zu hoffen, daß wir es nicht wußten. Das Spiel ist noch nicht zu Ende.

Pressenotverordnung und Wahlkampf

Berlin, 1. März. Aus dem Reichsinnenministerium und der preußischen Staatsregierung wird mitgeteilt, daß Reichsregierung und Preußenregierung auf dem Standpunkt stehen, während des Wahlkampfes die Pressenotverordnung **möglichst milde zu handhaben**. Allerdings ist man an zuständiger Stelle der Auffassung, daß bei verleumderischen Angriffen und verächtlich machenden Aeußerungen aufs schärfste durchgegriffen werden muß.

Reichslandbund zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 1. März. Der Bundesvorstand des Reichslandbundes nahm in einer Sitzung eine **Entschließung** an, in der festgestellt wird, die nationale Opposition habe die Proklamation Hindenburgs durch die Parteien des Weimarer System mit der Herausstellung ihrer Vorkämpfer Hitler und Düsterberg beantwortet. **Der Reichslandbund stehe im Lager der nationalen Opposition Er werde seine Stimme nicht für Hindenburg einsetzen.** Der Kampf für den einen der beiden Kandidaten der nationalen Opposition dürfe nicht zum Kampf gegen den anderen werden. Der gemeinsame Kampf richte sich „gegen die Herrschaft der verderblichen Kräfte, die für die Irrwege unserer bisherigen gesamtstaatlichen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind".

Dr. von Raumer für Hindenburg

Berlin, 1 März. In Zusammenhang von Austrittserklärungen von Mitgliedern der Deutschen Volkspartei ist auch der Name des Reichsministers a. D. Dr. v. Raumer genannt worden Dr. v. Raumer teilt mit, daß es zwar zutrifft, **daß er sich aus den Listen der Partei habe streichen lassen**, aber mit der Begründung, daß er sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen wolle; das habe nichts mit der Aktion des Stadtverordneten Falk zu tun, im Gegenteil trete Dr. v. Raumer mit allen Kräften für die Kandidatur Hindenburgs ein.

Der Kandidat des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot und die ausländische Presse

T.U. **Berlin**, 1. März. Zu der Anregung von ausländischen Pressevertretern, ob nicht der Kandidat des Kampfblockes Schwarzweißrot, Oberstleutnant a. D. Düsterberg, ebenso wie Adolf Hitler die Berliner Vertreter der ausländischen Presse zu einer Erklärung über seinen Wahlkampf empfangen wolle, hat der Leiter der Presseabteilung des Stahlhelms, Kleinau, an den Verband der ausländischen Pressevertreter ein Schreiben gerichtet, in dem er mitteilt:

„Herr Oberstleutnant a. D. Düsterberg lehnt es grundsätzlich ab, in einer innerdeutschen Streitfrage, die allein das deutsche Volk mit sich auszutragen hat, an das Ausland zu appellieren, sowie auch nur den Anschein zu erwecken, als ob ein solcher Appell beabsichtigt sei. Die selbstverständliche Aufgabe der in Deutschland weilenden ausländischen Journalisten, ihren Landsleuten ein möglichst eingehendes Bild über das innerpolitische Leben in Deutschland zu vermitteln, erkennt der Stahlhelm voll und ganz an und wird sie durch die von dem Unterzeichneten geleitete Presseabteilung nach Möglichkeit gern unterstützen. Die ausländische Presse in einem innerdeutschen Streit in Anspruch zu nehmen, möchten wir jedoch ablehnen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Stellungnahme des Stahlhelms Ihren Mitgliedern zur Kenntnis bringen würden".

Goethefeier in der Columbia-Universität in New-York

T.U. **New-York**, 1. März. Anläßlich der Goethe-Feiern in den Vereinigten Staaten sprach am Dienstag Gerhard Hauptmann in der Columbia-Universität in New-York über Goethes Persönlichkeit. Der Vortrag wurde auf Schallplatten aufgenommen und am späten Abend den deutschen Hörern auszugsweise übermittelt. Gerhard Hauptmann erklärte zunächst, man habe ihn wohl als Redner für diese Goethefeier ausersehen. Er sei aber weder Literarhistoriker noch Philologe noch philosophischer Betrachter wie etwa Emerson, am allerwenigsten aber sei er ein Redner. Deshalb könne er nur ein starkes Bewußtsein von Goethes Leben und Tun einsetzen, das in der Hauptsache in der Heimatgemeinschaft wurzele. Hauptmann schilderte dann seine Goethe-Erinerungen von Jena und Weimar. Zum Schluß wies er auf die Sätze aus Thomas Carlyles Nachruf auf Goethe hin: „Goethe ist der Erlöser seiner Zeit geworden. Er war Erlösung durch Güte, durch Größe, durch Wahrheit" und betonte, im Hinblick auf dieses Urteil können wir nicht an aller sonstigen Schmälerung Goethe'schen Ruhmes achtlos vorbeigehen. Carlyles Wort gilt auch heute noch und wird immer richtig sein trotz aller Widerstände. Die Welt wird allein durch Menschlichkeit erlöst. Nicht Revolution, sondern immerwährende Reformation bringt den Fortschritt der Menschheit. Wir Menschen sind die berufenen Träger der Kultur. Trachten wir danach, daß wir diese Aufgabe im Sinne Goethes erfüllen."

Reichsminister Schlange-Schöningen über die Sicherung der Ernte 1932

Berlin, 1. März. Bei der **Tagung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft** wies in der Aussprache über die von Dr. h. c. Schürig-Zeestow unterbreiteten Vorschläge **Reichsminister Dr. Schlange-Schöningen** auf die Gefahren hin, die der deutschen Landwirtschaft und der gesamten deutschen Volkswirtschaft drohten, wenn nicht alle zur Verfügung stehenden Betriebsmittel eingesetzt werden, um eine möglichst große Ernte zu erzielen. Wenn die sich in der Umschuldung befindlichen Betriebe durch ungenügende Düngung in diesem Jahr schwere Betriebsverluste erlitten, so müßte er als Reichskommissar für die Ostbilfe heute schon jede Verantwortung für die Folgen ablehnen. Auch außenpolitisch werde das Reich durch ungenügende Versorgung mit Lebensmitteln aus eigener Produktion gefährdet. **Der Minister wies den Gedanken einer Preisgarantie zurück.** Derartige Garantien bedeuten ein Abgehen von den privatwirtschaftlichen Prinzipien, für deren unbedingte Aufrechterhaltung die Landwirtschaft sonst stets eintrete. Da aber der Reichsregierung das besondere Kapitalrisiko, das bei der Ernte in diesem Jahre den Landwirt bedrohe, bekannt sei, sei sie bemüht, eine gesunde Kalkulationsbasis zu schaffen und diese Risiken weitgehend zu vermindern.

Verlängerung des Rediskontkredites der Reichsbank

Berlin, 1. März. Wie wir erfahren, haben die Verhandlungen über die Erneuerung des Rediskontkredites der Reichsbank zu dem Ergebnis geführt, daß der Kredit (100 Millionen Dollar) **für drei Monate auf der Basis einer Rückzahlung von 10 Prozent innerhalb dieser Frist verlängert wird.**

Goerdeler ordnet Einführung eines Markenregisters an

T.U. **Berlin**, 1. März. Amtlich wird mitgeteilt: Zur verstärkten Kontrolle der preisgebundenen Markenwaren, hat der Reichskommissar für Preisüberwachung die Einführung eines Markenregisters angeordnet. Durch diese Markenregister werden laufend nicht nur die Preise und Nettomengen bezw. Nettogewichte verfolgt, sondern auch vor allem die Entwicklung der Handelsspanne. Außerdem wird durch die neue Markenartikelverordnung nach einer allerdings längeren Uebergangsfrist angeordnet, daß Markenartikel den Aufdruck der Nettomenge oder des Nettogewichts tragen.

Uebersicht des Genfer Hauptausschusses

Genf, 1. März. Die vom Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz ausgearbeitete **Uebersicht der sämtlichen** von den Delegationen bisher gemachten **Vorschläge** geht davon aus, daß die grundsätzlichen Fragen im Hauptausschuß behandelt und daß die einzelnen Fragenkomplexe nach Entscheidung der prinzipiellen Seite in die Unterkommissionen weitergeleitet werden. Die Uebersicht zeigt klar, daß die **Aufgabe des politischen Ausschusses** sich im Gegensatz zu den ursprünglichen französischen Wünschen so gestaltet hat, daß neben den französischen Vorschlägen in ihm auch eine große Reihe in der Generaldiskussion aufgeworfene und auch Deutschland interessierende Fragen zur Einzelberatung kommen wird. Die **deutschen Vorschläge** ebenso wie die deutschen grundsätzlichen Auffassungen über die Gleichberechtigung sind ebenso wie die Vorschläge der anderen Staaten neben die entsprechenden Bestimmungen des Konventionsentwurfes gestellt, so daß sie in gleicher Weise Diskussionsgrundlage sind. Es zeigt sich, daß die Annahme des Konventionsentwurfes als Diskussionsrahmen durch die deutsche Delegation unbedenklich war, denn der Konventionsentwurf dient nur als Disposition.

*

Tardieus Besprechungen

Paris, 1. März. Der Besprechung des französischen Ministerpräsidenten Tardieu in Genf mit den Vertretern Deutschlands, Italiens und des Kleinverbands wird in Paris große Bedeutung beigemessen, besonders der Besprechung mit dem deutschen Vertreter Nadolny. Frankreich legt keinen großen Wert auf eine neue öffentliche Auseinandersetzung über die Abrüstungsfrage und möchte die Schwierigkeiten möglichst in nichtöffentlichen Besprechungen ausgleichen. Man hofft in Paris, daß das Tardieu gelingen werde. „Petit Parisien" hebt eine Unterredung mit den Vertretern Oesterreichs und Ungarns hervor und meint, daß er ernsthaft an eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Mitteleuropa denke.

*

Die Unterredung Tardieu-Nadolny

Genf, 1. März. Von unterrichteter Seite wird zu den verschiedenen Meldungen, die über die Unterredung des Botschafters Nadolny mit Tardieu erschienen sind, erklärt, daß es sich um teils aus der Luft gegriffene Kombinationen teils um schiefe Darstellungen handelt. Es wird betont, daß sich die Besprechungen größtenteils auf verhandlungstechnische Dinge beziehen und noch keine Prognose für das Konferenzergebnis zulassen. Die grundsätzlich wichtigen Fragen werden erst in den bevorstehenden Sitzungen des Hauptausschusses zur Erörterung gelangen. Zu diesen Fragen gehört auch der deutsche Anspruch auf Gleichberechtigung Er ist kein Diskussionsgegenstand in dem Sinne, daß die deutsche Delegation etwas abhandeln lassen könnte; **die Gleichberechtigung ist vielmehr die Voraussetzung für die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz.** Eine Diskussion wird aber darüber notwendig sein, da diese Gleichberechtigung in dem Konventionsentwurf, so wie er ist, nicht besteht. **Das Ziel ist namentlich die Beseitigung des Artikels 53, der die unterschiedliche Behandlung Deutschlands festlegen will.**

*

Um das Arbeitsprogramm der Abrüstungskonferenz

T.U. **Genf**, 1. März. Das Präsidium der Abrüstungskonferenz hat in einer mehrstündigen geschlossenen Sitzung das von Benesch als Hauptberichterstatter ausgearbeitete allgemeine Arbeitsprogramm durchberaten. Ein Vorschlag von französisch-tschechoslovakischer Seite, mit Unterstützung der Kleinen Entente das Arbeitsprogramm in der vorliegenden Fassung anzunehmen, wurde abgelehnt. Das Präsidium beschloß vielmehr auf englischen Vorschlag, das Arbeitsprogramm zunächst sämtlichen Abordnungen mit dem Ersuchen um Vorschläge und Anträge zugehen zu lassen und sodann von neuem zusammenzutreten. Die endgültige Entscheidung über die Annahme des Arbeitsprogamms der Konferenz soll sodann dem Hauptausschuß überlassen bleiben. Ferner ist grundsätzlich beschlossen worden, daß das Arbeitsprogramm nicht eine feste Tagesordnung der Konferenz, sondern lediglich eine allgemeine Richtlinie darstellen soll und daß es den einzelnen Ausschüssen, insbesondere dem Hauptausschuß, freisteht, die Reihenfolge der zur Verhandlung gelangenden Fragen zu bestimmen.

Dem Arbeitsprogramm muß nach allgemeiner Auffassung grundsätzliche Bedeutung beigemessen werden, da darin die auf der Konferenz zur Verhandlung gelangenden Fragen der Abrüstung festgelegt werden. Die deutschen Abrüstungsforderungen und -anträge kommen in dem Entwurf des Arbeitsprogramms in folgender Weise zum Ausdruck: Im Artikel 1 des Abkommensentwurfs, der die Grundlage des gesamten Arbeitsprogramms bildet, ist der deutsche Antrag aufgenommen: „Die in den Friedensverträgen auferlegte Abrüstung muß als Richtlinie für die Herabsetzung der Rüstungen aller Mitgliedsstaaten des Völkerbundes angesehen werden. Schaffung eines einheitlichen für alle Staaten in gleicher Weise anwendbaren Systems gleichen Rechtes und gleicher Sicherheit. Vorschlag: Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und Ungarn. In der gleichen Abteilung steht sodann die Forderung der italienischen Regierung: „Gleichheit des Rechts für sämtliche Staaten und Festsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß."

Der berichtigte Artikel 53 des Abkommensentwurfes wird in dem Arbeitsprogramm in der folgenden Weise dargestellt: Erste Abteilung: Die Bestimmungen des Abkommensentwurfes: „Aufrechterhaltung der bestehenden Verträge". Zweite Abteilung: Antrag Deutschlands: „Die Bestimmungen der Friedensverträge über die Abrüstung sind durch neue Abrüstungsabkommen zu ersetzen". Dritte Abteilung: Grundsätzliche von Deutschland aufgeworfene Fragen: „Uniformierung der Methoden der Abrüstung nach dem Grundsatz des Rechtes der Staaten". Vierte Abteilung: Bemerkung des Berichterstatters: „Diese Frage wird im Hauptausschuß bei Durchberatung des Artikels 1 erörtert werden".

Das Programm der Sicherheitsvorschläge der französischen Regierung wird in dem Arbeitsprogramm bei dem Artikel 1 des Abkommensentwurfes behandelt.

Von deutscher Seite sind Anträge zur Abänderung dieses Arbeitsprogramms nicht gestellt worden.

Das Präsidium hat Henderson, Politis, Benesch und Motta ermächtigt, eine Tagesordnung für die Verhandlungen des Hauptausschusses und der vier technischen Ausschüsse auszuarbeiten, diese Tagesordnung wird in der nächsten Sitzung des Präsidiums durchberaten werden.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[45

„Gib mir mein Wort zurück, Dietrich!"

Sein Blick haftete mit eiserner Strenge auf ihrem blassen Gesicht, das auch jetzt noch nicht seine sonst in letzter Zeit rosige Farbe wiedererhalten hatte.

„Den Grund, Elme?"

„Ich kann ihn dir nicht sagen."

„Dann — verzeih, dann bleibt alles, wie es ist, Elme."

„Nein!"

Es war ein Verzweiflungsschrei. Rheinsbergh trat näher, faßte ihre Hände.

„Du liebst einen anderen?"

„Nein!"

Wahrheit leuchtete ihm aus den reinen Augen des Mädchens entgegen. Und er wußte, daß er längst auf der richtigen Spur des Grundes war, der Elme so verändert hatte.

„Dann ist es nur eine Laune? Verzeih, doch dafür habe ich kein Verständnis. Ebenso fehlt mir jede Lust dazu, unseren lieben Mitmenschen eine Sensation zu bieten: Den Skandal einer gelösten Verlobung! Wenn du dich also nicht besser für dein Verlangen rechtfertigen kannst, dann muß alles bleiben, wie es ist."

Mit gesenktem Kopf stand sie vor ihm. Seine kühlen Worte trafen sie wie Peitschenhiebe.

Er hatte ihre Hände längst wieder losgelassen. Und doch hätte er das junge Geschöpf am liebsten an sich gerissen. Doch das durfte er nicht. Wenn Elme so schnell das Vertrauen zu ihm verlor, dann konnte er sie nicht noch in ihrem Trotz bestärken, wenn er jetzt um ihr Vertrauen bat. Er war Frauenkenner genug, um nicht ganz genau zu wissen, daß sie ihn noch mit der ganzen Kraft ihres Herzens liebte.

Elme sagte leise:

„Vergiß, was ich sagte. Es soll alles bleiben, wie es ist."

„Dann ist ja wohl die Aussprache als erledigt zu betrachten? Es ist in der Tat schon spät."

Elme sah ihn unverwandt und forschend an. Sollte es nun so bleiben zwischen ihnen? War er froh, daß er der Heuchelei endlich enthoben war?

„Ich habe nichts mehr zu sagen", sprach Elme, und ihre Lippen zuckten.

Er küßte ihre Hand.

„Gute Nacht, Elme! Schlaf gut!"

„Gute Nacht, Dietrich." Ganz verzagt klang es.

Aber Rheinsbergh verbeugte sich nur noch einmal kurz und ging. Länger wäre es ihm wahrscheinlich auch kaum noch möglich gewesen, die Komödie zu spielen. Seine Sehnsucht, sie zu küssen, war immer toller geworden, je länger er ihr blasses Gesicht sehen mußte.

Als die Tür hinter ihm zufiel, schluchzte Elme laut auf.

„Er liebt die Fürstin. Aus irgendeinem Grunde waren sie sich kurze Zeit entfremdet, und nun scheut er den Skandal. Und ich — ich bin feig genug, noch jetzt gegen diese Liebe machtlos zu sein. Gegen diese Liebe zu Dietrich, die mich ganz und gar beherrscht? Und neben dieser leidenschaftlichen Liebe steht der eifersüchtige Haß gegen die Fürstin!"

Wie diese Frau ihn angesehen hatte! Durfte eine Frau wirklich einen Mann so ansehen, auch wenn sie ihn liebte?

Elme schlug die Hände vor das zuckende Gesicht. Es war, als müsse sie die Bilder bannen, die sich vor ihr aufdrängten.

Dietrich und die Fürstin! Die schöne Frau wollte wahrscheinlich gar nicht geheiratet sein! Sie wollte ihren Fürstentitel behalten. Es genügte ihr, Dietrichs Liebe zu besitzen.

Elme sank in die Knie.

„Wenn ich doch gestorben wäre! Ich liebe ihn zu sehr und ertrage es nicht, sehen zu müssen, wie die Fürstin ihre Rechte geltend macht", flüsterte sie immer wieder.

Im Nebenzimmer klangen Stimmen, dann ging eine Tür, und kurz darauf hörte Elme den raschen, bekannten Schritt draußen. Dietrich war fort.

Ging er jetzt noch zur Fürstin?

Als Frau von Löwenried ins Zimmer trat, sah Elme ihr mit großen, verweinten Augen entgegen. Die alte Dame legte den Arm um sie.

„Geh' schlafen, Kind. Es wird doch alles gut, nicht wahr?"

Ehrliche Sorge klang aus der gütigen Frauenstimme. Und Elme sagte leise:

„Ja, es wird alles gut."

* * *

Am übernächsten Tage reisten sie heim. Die Wochen vergingen sehr schnell, und an einem noch sehr warmen Oktobertage war Elmes Hochzeitstag.

Eine glänzende Gesellschaft sahen die gastlichen Räume im Hause Löwenried. Die gütige Frau hatte es sich nicht nehmen lassen, Elmes Ehrentag in ihrem Hause zu feiern. Die alte Dame ließ es sich nicht merken, daß sie mit Sorgen in die nächste Zukunft blickte. Vergeblich suchte sie zu ergründen, welch ein Mißverständnis zwischen dem Brautpaar bestand. Doch beide benahmen sich tadellos. Es gab für fremde Menschen nichts zu bekritteln.

Als Elme und Rheinsbergh vor dem Altar in der Sophienkirche knieten, sandte die Sonne ihre goldenen Strahlen in die Kirche. Ruhig und laut ertönte Rheinsberghs „Ja". Elme hingegen sprach kaum verständlich. Sie sah neben dem hochgewachsenen Gatten wie eine zarte, blasse Else aus, als sie darauf an seiner Seite die vielen Glückwünsche empfing.

Es folgte ein sehr frohes Fest. Launige Tischreden gab es in Menge. Der Onkel Dietrich von Rheinsberghs sagte:

„Meinem Neffen ist ein ganz besonderes Glück widerfahren. Nachdem er solange einsam durchs Leben schritt, begegnete ihm der Frühling. Und nun will der Frühling immer bei ihm bleiben. Ich bitte Sie, mit mir auf das Wohl der Neuvermählten und auf das Bleiben des Frühlings in Rheinsbergh ganz besonders zu trinken."

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg